

400 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 1. Juli
1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einfüh-
rungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert
wird

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des National-
rates sollen die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungs-
verfahrensgesetzes 1950 auf das behördliche Verfahren der
Organe der Kunsthochschulen für anwendbar erklärt werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegen-
heiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung
vom 13. Juli 1970 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch
zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Aus-
schuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den An-
trag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom
1. Juli 1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen ge-
ändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 13. Juli 1970

Dr. Erika S e d a
Berichterstatter

N o v a k
Obmann